

Bor zehn Jahren

Kundgebung des Kieler Soldatenrates am 5. November 1918

Kundgebung: Kameraden! Der geistige Tag wird in der Geschichte Deutschlands ewig denkwürdig sein. Zum ersten Male ist die politische Macht in die Hände der Soldaten gelegt. Ein Zurück gibt es nicht mehr.

Große Aufgaben liegen vor uns. Über damit sie erfüllt werden können, ist Einigkeit und Geschlossenheit der Bewegung notwendig.

Ihr habt einen Soldatenrat eingesetzt, der einmütig mit dem Arbeiterrat handelt. Fügt seinen Anweisungen und Beschlüssen, sorgt für Ruhe und Ordnung, damit sich nichts ereignet, was gegen uns ausgenutzt werden kann. Denkt auch an die Aufrichterhaltung der Ordnung in den Kasernen.

Die in später Abendstunde beim Generalgouvernement unter Beisein des sozialdemokratischen Abgeordneten Noske und des Staatssekretärs Haushmann erreichten Erfolge sind:

1. Haushmann nimmt unsere Forderungen an und verspricht beschleunigte Durchsetzung bei der Regierung.

2. Sofortiges Abbrechen sämtlicher gegen unsere Bewegung gerichteten militärischen Maßnahmen.

3. Hinwirken zum Einlaufen der Flotte.

4. Unter Mitwirkung eines Arbeiterrates werden dem Soldatenrat die Akten der noch in Haft befindlichen vorgelegt, um über deren Freilassung, mit Ausnahme der unehrenhaften Handlungen Beurteilen, zu entscheiden.

Zur Ergänzung des Aktionsausschusses sind die Gejagten Haase und Ledebour telegraphisch hierfür berufen worden.

Kameraden, vertraut und hütet euch auf euren Soldatenrat! Die vom Soldatenrat gestellten und vom Gouverneur abgenommenen 14 Punkte lauten:

1. Freilassung sämtlicher Inhaftierten und politischen Gefangenen.

2. Vollständige Redes und Freiheit.

3. Unterlassung der Briefzensur.

4. Sachgemäße Behandlung der Mannschaften durch Vorgesetzte.

5. Straffreie Rückkehr sämtlicher Kameraden an Bord und in die Kasernen.

6. Die Ausfahrt der Flotte hat unter allen Umständen zu unterbleiben.

7. Jegliche Schutzmaßnahmen durch Blutvergießen haben zu unterbleiben.

8. Alle Maßnahmen zum Schutz des Privateigentums werden vom Soldatenrat festgesetzt.

10. Es gibt außer Dienst keine Vorgesetzten mehr.

11. Unbehörnte persönliche Freiheit jedes Mannes von Beendigung des Dienstes bis zu Beginn des nächsten Dienstes.

12. Offiziere, die sich mit den Maßnahmen des jetzt bestehenden Soldatenrates einverstanden erklären, begrüßen wir in unserer Mitte. Alles übrige hat ohne Anspruch auf Versorgung den Dienst zu quittieren.

13. Jeder Angehörige des Soldatenrates ist von jeglichem Dienste zu befreien.

14. Sämtliche in Zukunft zu treffenden Maßnahmen sind nur mit Zustimmung des Soldatenrates zu treffen.

Diese Forderungen sind für jede Militärperson Befehle des Soldatenrates.

Der Soldatenrat.
Kieler Zeitung, 5. November 1918.

Der Weg des Verrats

Man hat uns seitens der Entente wissen lassen, daß man nur mit einer Regierung Frieden mache, von der man weiß, daß sie die Mehrheit des Volkes hinter sich hat. Mit Arbeiterrat und Soldatenrat jedoch nicht! Ich glaube nicht, daß wir warten brauchen, bis zum Zusammentreffen der Nationalversammlung, sondern es genügt, wenn wir der Entente befürworten, daß eine Nationalversammlung zusammentreten wird. Ob das Ausland die legitime Sicherheit anerkennt, wo Verbrecher breit und Banken neu regieren, möchte ich bezweifeln. Solange eben solche Zustände herrschen, ist an Frieden nicht zu denken. Das einzige, was geschehen kann, ist die schleunige Einberufung der Nationalversammlung.

(Scheidemann am 6. November 1918.)

Boncour hat's nicht nötig!

Unter dem Druck der Arbeiter verlangt die SPD Rechenschaft von Boncour — Dieser verzweigt Antwort

Der Vorstand der Sozialistischen Partei hat Paul Boncour, den sozialdemokratischen Börsenbundesdelegierten Braukreis, am 11. November zur Berichterstattung über seine Haltung auf der letzten Genfer Tagung vorgenommen. In einem Schreiben an den Vorstand, dessen genauer Inhalt verheimlicht wird, weigert sich Paul Boncour, der Aufforderung folge zu leisten. Boncour hat bereits früher damit gedroht, die Sozialistische Partei bei der nächsten Gelegenheit zu verlassen. Die französischen Sozialchaunisten haben bisher nicht gewagt, Paul Boncour auszuschließen, statt dessen drohtet Boncour offen die Partei und droht, ihr den Stahl vor die Türe zu legen.

Stahlhelmer müssen von Landjägern abtransportiert werden

Am Sonntag fand in Hohen Neuendorf bei Oranienburg eine Stahlhelmeier statt. Als die Teilnehmer hörten, daß in der Nähe 5 Landjäger mit Kommunisten hielten, die sich auf Landpropaganda befanden, verjagten sie aus dem Dorf zu laufen, um bewaffnet mit Tommern, Säcken und Revolvern, die Kommunisten zu überfallen. Als Landjäger die Stahlhelmer in das Dorf zurückdrängten, wurden sie von den Stahlhelfern mit Wergewalt beworfen. Die Beamten mußten von der blauen Waffe Gebrauch machen, nachdem mehrere von ihnen durch Glassplitter verletzt waren. Schließlich wurden die Stahlhelmer kolonnenweise abtransportiert.

Gebevring bereitet den Krieg vor!

Die sozialdemokratische Leipziger Volkszeitung konstatiert es — Der „Luftschutz“ bezeichnet Militarisierung der Bevölkerung

Zwei Zothachen

Erlösung: Der Sozialdemokrat Seering hat dieser Tage eine amtliche Mitteilung herausgegeben, daß „beim Reichsministerium des Innern die Leitung der gesamten Maßnahmen des Luftschutzes liegt und bei diesem Ministerium die von den anderen Ministerien geleistete Arbeit zusammengeführt wird.“

Zweitens: Die sozialdemokratische Leipziger Volkszeitung erläutert in einem vor Bekanntgabe der obigen Mitteilung geschriebenen Artikel, unter der Überschrift: „Luftschutz“:

„Und da jeden wie, daß alle diese Pläne nichts anderes sind, als ein Teil jener unglaublichen militärischen Ausrüstung, die die Bourgeoisie seit einigen Jahren betreibt. Hinter den harmlosen Maske des Schutzes der Angehörigen und des Volkes sollen Maßnahmen populär und das Volk für einen Dienst gewonnen werden, die beide in ihrem wirtschaftlichen Kern nichts anderes sind, als Vorbereitungen für einen Krieg.“

Womit die Leipzigerin ungewollt aber doch klipp und klar feststellt, daß der Sozialdemokrat Seering, der in Verbindung mit dem Reichswehrministerium den Luftschutz organisiert, „Vorbereitungen für einen Krieg“ trifft. Ganz unsere Meinung.

Die Frage des Luftschutzes ist durch den Rücktritt des früheren Reichsverteidigungsministers Krahulec nom Vorstoss des Vereins Deutscher Luftschutz zur öffentlichen Debatte gestellt worden. Und das ist gut so, da die Frage wichtig ist, daß über sie in der proletarischen Öffentlichkeit dreiteile Auseinandersetzung gefasst werden muß. Dieser Luftschutz, der da unter einer so humanitären Fassade aufgezeigt wird, — soll er doch nach den Angaben seiner Begründer zur Abwehr von Flugzeug-Gasangriffen dienen — ist in der Tat nur ein Teil der militärischen Ausrüstung der deutschen Bourgeoisie. Ihm ist durch den Vorfasser Vertrag der militärische Luftschutz verboten; also

verfolgt sie ihr Ziel auf Umwegen zu erreichen. Es bleibt nicht bei der Verzögerung der Bevölkerung mit Gasmasken, sondern hinter den Kulissen werden noch weitergehende Maßnahmen getroffen, die deutlich zeigen, daß auch auf diesem Gebiet die deutsche Bourgeoisie sich zum Krieg gegen die Sowjetunion vorbereitet. Einen besseren Beweis als den lieberhaften Bau von See- und Landflugplätzen an der Ostsee, deren Deutschland bereits 19 besitzt vielmehr als auch an der Nordsee, gibt es gar nicht.

Wenn politische Narren darauf hinweisen, daß Deutschland ja gar keine Militärrüstung bauen dürfe, so ist darauf zu erwidern, daß heute jedes Verkostungszeug innerhalb weniger Stunden in ein Bombenflugzeug umgewandelt werden kann. Und die deutsche Bourgeoisie verfügt bereits über 700 solcher Flugzeuge! Ein solches Weitreich ist zwischen den Staaten auf dem angeblich so friedlichen Gebiet der Zivilflugfahrt eingezogen, und jetzt kommt der Luftschutz hinzu, der nichts anderes als die Militarisierung der Zivilbevölkerung darstellt. Herr Seering betrübt sie in Deutschland. In Frankreich hat die Aufgabe ebenfalls ein Sozialdemokrat übernommen: Monsieur Paul Boncour.

Die Leipziger Volkszeitung, die jetzt ihre von uns oben zitierten Worte bitter bereut, da ja ihr eigener Parteigenosse Seering, dadurch auf Schwierigkeiten belastet wird, schließt ihren Artikel mit den Worten:

„Und wie sie die sozialdemokratische Reichstagsfraktion. Die Red. als Mittel zur Vorbereitung eines neuen Krieges ablehnt, so muß sie auch die Mittel für den Luftschutz, den zivilen und erst recht den militärischen verwirgern.“

Das Hauptorgan der „Linke“ in der SPD soll sich nicht so aufblähen. Wann denn hat die Reichstagsfraktion der SPD alle Mittel zur Vorbereitung eines neuen Krieges abgelehnt? Sie bewilligte die Etsch-Wehr- und Marine, ihre ausgesprochenen Kriegswaffen der Trustbourgeoisie. Ja, sie hat sogar 1928 die Erhöhung des Reichswehrverbands von 500 auf 750 Millionen zugestimmt. Sie bewilligte auch bei der Beratung des Etsch des Reichsministers Brünni alle noch so verdächtigen Positionen für das Luftfahrtwesen, bei dem unter dem Vorwand von „wissenschaftlichen und allgemein wirtschaftlichen Zwecken“ tatsächlich geheime Kriegsvorbereitungen getroffen werden. Und die Herren „linke“ sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten haben immer tapfer mit dafür gestimmt, oder bestenfalls sich vor der Abstimmung ins Reichstagsrestaurant gerettet. So tapfer kämpfen diese „radikalen“ Sozialdemokraten für das Proletariat.

Der Luftschutz und die übrigen offenen und verdeckten Rüstungen der deutschen Bourgeoisie mit Hilfe der SPDFührer sind eine ungeheuer ernste Bedrohung der Sowjetunion und des deutschen Proletariats, das alle seine Kräfte zusammenballen muß, um der bürgerlich-reformistischen Kriegstreiber Herr zu werden.

Verteidigung der Sowjetunion ist Hochverrat!

Auf Veranlassung des Oberrechtsanwalts wurde Genosse Otto Steinle als Nebeltautor des Roten Fahne zwecks Einleitung eines Hochverratsverfahrens (§ 86 des StGB, Abschnitt 7 des Republikationsgesetzes) vom Amtsgericht Charlottenburg verantwortlich vernommen. Es handelt sich um einen Aufruhr des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands, übertragen: „Gegen einen neuen 4. August“ vom 29. Juli d. J. Die Voruntersuchung des Oberrechtsanwalts stützt sich auf den letzten Absatz dieses Aufrufs, in dem es heißt:

„Verteidigt die proletarische Sowjetunion gegen die Kriegspläne der Kapitalisten! Arbeiter und Arbeitnehmer in Deutschland, für euch, für uns kann es nur einen Krieg geben, den Krieg aller Werkstätigen gegen das Kapital, den Krieg der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie.“

Besonders der letzte Absatz der Manifestation des Zentralkomitees der RPD hat es dem Oberrechtsanwalt angetan. Dort heißt es:

„Ruft den Kriegstreibern in den Arm, bereitet den 7. November auch für Deutschland vor, den Tag, von dem an Deutschland keinen imperialistischen Krieg mehr führen wird, den Tag, an dem die Arbeiter die Herrschaft des Sozialismus und des Friedens errichten werden!“

In derselben Nummer der Roten Fahne befindet sich ein Aufruhr der Berliner Parteiorganisation der RPD, der Kommunistischen Jugend und des Roten Frontkämpferbundes. Der Oberrechtsanwalt erklärt auch diese Aufrüttelung der werktätigen Massen gegen einen neuen 4. August für Hochverrat. In dem von ihm infiltrierten Absatz heißt es wörtlich:

„Nieder mit den sozialdemokratischen Führern, die die Vorbereitung zum nächsten imperialistischen Krieg deden! Für die Verteidigung Sowjetlands, der großen proletarischen Friedensmacht der Welt. Der Kampf gegen den imperialistischen Krieg, das ist der revolutionäre Kampf an der Seite der Kommunistischen Partei, der Kommunistischen Internationale, gegen die Ausbeuter der Welt und ihre reformistischen Verbündeten.“

Bei seiner Vernehmung erklärt der Genosse Steinle, daß er die volle prengeleiähnliche Verantwortung für die betrüffenden Aufrufe übernehme, und er lehnte es sogenanzt ab, sich in der Voruntersuchung zu äußern, erst in der Hauptverhandlung werde er den werktätigen Massen Deutschlands Rede und Antwort stellen.

Englisch-französischer Panzerplattenpakt

Neue Enthüllungen über das englisch-französische „Marineabkommen“

Vor wenigen Tagen veröffentlichten die englische und die französische Regierung unter dem Druck des amerikanischen Kapitalismus die Weißbücher über ihr „Marineabkommen“. In diesen Weißbüchern wurde zur Verhüllung der Öffentlichkeit alles was durch Intrigen über das Kriegsbündnis aufgedeckt war, möglichst harmlos hingestellt. Wir stellen fest, daß ein ganzer Teil der verschleierten Geheimabmachungen, die bisher nicht aufgedeckt wurden, in diesen Weißbüchern natürlich nicht enthalten war. Mittlerweile ist bereits ein neuer Teil des englisch-französischen Kriegsbündnisses enthüllt. Es wurde aufgezeigt, daß zwischen England und Frankreich ein „Panzerplatten-Abkommen“ besteht. In der Auseinandersetzung beteiligt sind die deutschen Stahlblöcke, die abgesehen von der strategischen Bedeutung für den deutschen Imperialismus, die das Abkommen darstellen, auch wegen der drohenden Geschäftsweltkriege Vorsorge tragen. Im Berliner „Volks-Anzeiger“ wurde bereits kurz auf das Abkommen hingewiesen. Unter Bezugnahme auf diesen Hinweis veröffentlicht jetzt der Daily Herald, das Blatt der englischen Arbeiterpartei, einen Bericht seines diplomatischen Korrespondenten, der auf neue den ganzen Ernst der Geheimpunkte des englisch-französischen imperialistischen Bündnisses beleuchtet. Danach haben englische und französische Firmen das Abkommen getroffen, das die Panzerplatten für die französischen Kriegsschiffe in Zukunft von der englischen Schwerindustrie, umgekehrt der leichte Stahl für die britische Kriegsschiffkonstruktion von französischen Firmen zu liefern seien. Der Daily Herald sagt, daß in Händen der deutschen Stahlblöcke sehr abhängig zu machen, wenn sie nicht eine sehr leise nahe Uebereinkunft mit der britischen Admiralsität eingegangen wären, und wenn nicht die beiden Regierungen eine sehr sehr enge politische Einigung geschlossen hätten.

Diese Sprache der englischen Arbeiterpartei, die alles andere als antikapitalistisch ist, ist bezeichnend. Sie zeigt, wie ernst es um das englisch-französische Kriegsbündnis steht. Sie beweist aufs neue einen ungeheuren Ernst der Kriegsrüstungen und die drohende Kriegsgefahr.



Ein harmloses Spiel

Die offiziellen englischen und französischen Kommentatoren stellen das neue französisch-englische Bündnis als eine durchaus harmlose Angelegenheit dar. Es braucht sich also niemand zu wundern, wenn demnächst Matrosen und Soldaten Kinderspiele aufführen und die Panzerkreuzer verschimmeln ...

